

**Aus- und Bewertung der Stellungnahmen der Parteien/Wählergemeinschaften
zu den Forderungen des Positionspapiers von „Mut zur Verkehrswende“
vom Juli 2025**

Das Positionspapier mit 6 Forderungen für eine mutige Verkehrswende wurde folgenden Parteien/Wählergemeinschaften mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt (Reihenfolge wie in den amtlichen Verlautbarungen zur Wahl):

CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, Die Linke, DIE PARTEI, Bürgernähe (BN), Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit (BIB), Lokaldemokratie in Bielefeld (LiB), Lobbyisten für Kinder (LfK), VOLT

Stellungnahmen sind eingegangen von:

CDU, SPD, B'90/Die Grünen, Die Linke, BIB, LiB, LfK und VOLT

Die Stellungnahmen sind hinsichtlich der Ausführlichkeit und Detaillierung sehr unterschiedlich. Zum Teil werden längere Passagen aus den jeweiligen Wahlprogrammen zitiert, zum Teil werden eigene zusätzliche Forderungen hinzugefügt. Aus den Stellungnahmen ist ablesbar, dass alle Parteien und Wählergemeinschaften (gemeint sind die, die Stellungnahmen abgegeben haben) die Verkehrswende für ein wichtiges kommunales Handlungsfeld halten. Nirgendwo wird den 6 Forderungen ausdrücklich widersprochen. Auffällig ist, dass sich – ganz im Gegensatz zu den häufig sehr polarisierenden Auseinandersetzungen im Stadtrat, den Ausschüssen und Bezirksvertretungen sowie in der lokalen Presse – die Parteien/Wählergemeinschaften um eine moderate Sprache und einen konstruktiven Duktus bemühen. Das bestärkt uns in der Hoffnung, dass die Forderungen des Positionspapiers im Bereich Verkehr zu einer Plattform für die Ratspolitik der nächsten fünf Jahre werden könnten.

Gleichwohl gibt es natürlich Unterschiede, die insbesondere zwei Konfliktfelder betreffen, zum einen wie man den Konflikt um die „gerechte“ Aufteilung des beschränkten Verkehrsraums auflösen kann, zum anderen wie man in Beteiligungsverfahren mit den Spannungen zwischen Eigeninteressen und Gemeinwohl umgeht.

Was die Aufteilung des beschränkten Verkehrsraums angeht, sieht die **CDU** eine deutliche Priorisierung, sie formuliert: „*Entscheidungen zur Verkehrsinfrastruktur treffen wir künftig ausschließlich auf Basis belastbarer und qualitativer Studien, nicht aus ideologischen Gründen. Notwendig ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Der Verkehr muss reibungslos und staufrei fließen.*“ Ohne dass es expliziert wird, ist mit „leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur“ offensichtlich die Straßeninfrastruktur für den Autoverkehr gemeint. Die Begrifflichkeit „aus ideologischen Gründen“ wird nicht näher erläutert. Die **SPD** formuliert deutlich zurückhaltender und vager: „*Klar ist auch, dass der Autoverkehr zu einer Stadt wie Bielefeld immer dazugehört wird.*“ Was das für die Mobilitätsstrategie bedeutet, wie damit umgegangen werden soll, wird in

den nachfolgenden Sätzen allenfalls angedeutet. Auch die Wählergemeinschaft **LfK** setzt sich von einer vermeintlich „ideologischen“ Anti-Auto-Politik ab. Im Einleitungsabschnitt heißt es: „*Gleichwohl muss unsere Stadt auch für Autofahrer attraktiv bleiben, denn ohne die Menschen, die in unsere Stadt zum Arbeiten und Einkaufen kommen, verlieren wir an Wirtschaftskraft. ... Wir wollen die Umgestaltung des Verkehrsraumes ohne Verbote und ohne Gängelung des motorisierten Verkehrs erreichen, ...*“. Im weiteren Text werden dann aber aus der Sicht von Kindern viele Maßnahmen aufgeführt, deren Umsetzung ohne Einschränkungen beim Autoverkehr gar nicht möglich ist. Wir sehen z. B. mehr Tempo 30, wie von der **LfK** mit Nachdruck gefordert, nicht als „Gängelung“ an.

Ein wichtiges Thema ist die Bürgerbeteiligung und damit das Ausräumen von Eigeninteressen und Gemeinwohl. **CDU** und **SPD** bleiben eher vage. Bei der **CDU** heißt es: „*In der Debatte um Mobilität respektieren wir den Bürgerwillen. Die Menschen in Bielefeld werden wir als Partner in die Verkehrsplanung einbeziehen.*“ Zu neuen Instrumenten der Bürgerbeteiligung wie Bürgerräte und Bürgergutachten wird nicht Stellung bezogen. Bei der **SPD** heißt es: „*Deshalb ist es für uns wichtig, einen offenen und konstruktiven Austausch zu führen, bei dem Bürger*innen zu Wort kommen können und ihre Interessen vertreten. Wir unterstützen also Formate, bei denen die direkte Bürger*innenbeteiligung gestärkt wird ...*“. Auch hier ist eine Positionierung zu Bürgerräten und Bürgergutachten nicht erkennbar. Alle anderen Parteien/Wählergemeinschaften sprechen sich für diese neuen Beteiligungsformen aus. Bei **B'90/Die Grünen** heißt es dazu ausdrücklich: „*Unser Ziel ist ein fairer Interessenausgleich mit Fokus auf das Gemeinwohl*“.

In den meisten Stellungnahmen wird zusätzlich das Thema ÖPNV-Tarife angesprochen. Die **SPD** spricht das schon im Einleitungssatz an: „*Mobilität ist mehr als nur Fortbewegung – sie ist eine soziale Frage.*“ Alle Menschen müssten „bezahlbar“ von A nach B kommen, so die Forderung. Die **LfK** fordert ausdrücklich ein kostenloses Schülerticket. Für den allgemeinen Tarifbereich spricht sich **Die Linke** für ein günstigeres Regelangebot aus, z. B. ein 365€-Jahresticket im Abo in Anlehnung an das Wiener Modell. Die **BIG** fordert mittelfristig einen Nulltarif für den ÖPNV.

Erfreulich ist, dass sich alle Parteien/Wählergemeinschaften für den Stadtbahnausbau aussprechen. Die **LiB** schlägt sogar vor, das 2014 bei einer Bürgerabstimmung gescheiterte Projekt „Linie 5“ (oberirdisch geführte Stadtbahnlinie von Heepen nach Sennestadt) wieder aufzugreifen, weil sich die Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten deutlich verändert haben. Wir fragen uns, warum sich die breite Übereinstimmung beim Stadtbahnausbau bisher nicht auf die Ausbauplanung für die Stadtbahn niedergeschlagen hat. Bedauerlich finden wir allerdings, dass die **CDU** ihre Zustimmung zum Stadtbahnausbau deutlich einschränkt, sie schreibt: „*Die geplanten Maßnahmen sollten nicht zu Enteignungen führen, die Leistungsfähigkeit der Hauptstraßen einschränken oder die Verkehrsführung für die Anliegerinnen und Anlieger wesentlich einschränken.*“

Wir hoffen, dass durch die Kommunalwahl die Kräfte im Stadtrat, den Ausschüssen und Bezirksvertretungen gestärkt werden, die aktiv eine mutige Verkehrswende unterstützen.

Verantwortlich: Sprecherrat von „Mut zur Verkehrswende“

Kontakt: Dr. Godehard Franzen, mut-zur-verkehrswende@gmx.de